



PostScript Bild  
Tacheles-eps.eps

**GRATIS**

Zeitung für Emanzipation und Solidarität  
Ausgabe 63 · Winter/Frühjahr 2016 · Kostenlos



**OTTO PANKOKS PORTRAIT EINER DÜSSELDORFER SINTI  
IM NEUEN „ZENTRUM FÜR VERFOLGTE KÜNSTE“**

## Inhalt

### Editorial

#### Zentrum für Verfolgte Künste

#### Bunt statt Braun

#### Initiative für Solinger Flüchtlingsrat

#### Systemkrise statt Flüchtlingskrise?

#### Ende der Zensur?

#### Buschfeld: Bezirksregierung gegen Stadtrat

#### Last Exit Outlet

#### Gemeinschaftlich getragene Landwirtschaft

#### Weshalb eigentlich ein „Ombudsamt“?

#### Rekordzahlen bei Stromsperrern

#### BESG Bürgerstrom

#### Türkei: Wir dürfen nicht länger Schweigen

#### CETA, TTIP, TiSA & Co

#### Glyphosat

#### Mietobergrenzen anpassen

#### Jinotega: 30 Jahre Städtefreundschaft

#### Veranstaltungs-Hinweise

#### Gruppeninfos

## Editorial

### 2 Er ist wieder da, der fliegende Drache der tacheles.

3 Nach einigen Ausgaben ohne ihn ist er nun wieder zurückgekehrt, un-  
4 ser Logo, das uns seit der ersten Ausgabe begleitete. Das neue Logo  
4 wurde nicht so verstanden wie es gemeint war und wurde auch nicht  
4 mit der tacheles in Verbindung gebracht.

### 4 20 Jahre – 63 Ausgaben

5 Es ist nun endlich gelungen, alle Ausgaben wieder zusammen zu be-  
6 kommen und sie digital aufzuarbeiten, so dass jetzt jede Zeitung als  
6 PDF-Datei vorhanden ist. Die gesamten Ausgaben der tacheles erge-  
7 ben mit ihren bisherigen 63 Veröffentlichungen zum einen ein Stück  
7 Stadtgeschichte der jüngeren Zeit wieder, wie man sie in keinem  
8 Geschichtsbuch findet, zum anderen zeigt sie deutlicher als manche  
8 Lokalzeitung, wo es in dieser Stadt hapert.

8 Zu bestellen ist sie gegen eine Spende über die tacheles-email tache-  
9 les-solingen@gmx.de, oder per Post: (kann einige Wochen dauern!)  
9 c/o tacheles Klemens-Horn-Str. 3 42655 Solingen

### 10 Zu dieser Ausgabe

11 Leider konnten wir das angestrebte Erscheinungsdatum Dezember  
11 nicht einhalten, es waren die üblichen Probleme, die bei einer auf eh-  
12 renamtlicher Basis erstellten Zeitung auftreten. Termine, die Feiertage  
12 zum Jahresende /-wechsel, das Aufgreifen aktueller Themen, Zeit zum  
12 Recherchieren und Schreiben finden, und das mit einer Redaktion die  
12 auf wenige Personen zusammen geschrumpft ist. Aber trotzdem haben  
13 wir wieder eine themenreiche Ausgabe zusammen bekommen. Wie  
13 sehr sich die Verschiebung auswirkt, zeigt der Artikel zur Eröffnung  
14 des „Zentrums für verfolgte Künste“, der zu Beginn der Ausstellung  
15 erscheinen sollte und nun eine Nachbetrachtung geworden ist.

16

Heinz Mähner

## Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation  
und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem  
Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3.000  
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage,  
Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen  
E-Mail: tacheles-solingen@gmx.de  
www.tacheles-solingen.de  
Ausgabe 63 18.1.2016

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche  
c/o Café Courage,  
Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen  
Bankverbindung:

Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.  
IBAN: DE31330605920005464641  
BIC: GENODED1SPW (Sparda Bank)

Layout: Heinz Mähner

Titelbild: Otto Pankok, 1931: Foto II.

„Bürgerstiftung für verfehmte Künste mit der  
Sammlung Gerhard Schneider, Solingen“ im  
Kunstmuseum Solingen.



(red) Die tacheles Redaktion (siehe Foto) möchte sich ganz herzlich  
bei den vielen Gästen bedanken, die am 3. Oktober mit uns das  
20jährige Bestehen der tacheles im Atelier Gleis 3 im Südpark feier-  
ten. Dazu gehörte auch der neue Oberbürgermeister Tim Kurzbach.  
Es war eine bewegende Feier, die uns Kraft gegeben und viele inten-  
sive Kontakte ermöglicht hat. Besonders aber danken wir den Musi-  
kern, die uns mit ihren spannenden Auftritten unentgeltlich unter-  
stützten: Hasan Sevinc, Stand- und Sitzmusidenten, Stiller Teilhaber  
und Lex Parka sowie allen UnterstützerInnen des Projektes tacheles.

Frauen und  
Café Courage  
Initiativen Treff e.V.

Klemens-Horn-Str. 3  
42655 Solingen  
Tel.: 0212 27 36 35

**Mittwochs offene Tür**  
**von 12:00 bis 15:00 Uhr**

Offener Willkommenstreff für Flüchtlinge und  
UnterstützerInnen  
**von 15:00 bis 18:00 Uhr**  
Koffieklatsch



## ZENTRUM FÜR VERFOLGTE KÜNSTE

**Nach 25 Jahren Vorbereitung wurde am 8. Dezember 2015 im Solinger Theater- und Konzerthaus in einem feierlichen Festakt das „Zentrum für verfolgte Künste“ eröffnet, als Teil des Solinger Kunstmuseums in Gräfrath – ein Ort, an dem der von den Nationalsozialisten geächteten und vergessenen Künstler gedacht und ihre Werke wieder in Erinnerung gebracht werden sollen.**

Für das Solinger Kultur- und Politikleben ein Highlight, das sich wohl nicht mehr wiederholen wird. Umso bedauerlicher ist es, dass bei der hochkarätigen Besetzung an Rednern, Gästen und Besuchern sich niemand die Mühe machte, diese Reden aufzuzeichnen. Da sie frei gehalten wurden, gibt es keine Möglichkeit, sie nachzulesen. Inhaltlich hätten sie es verdient, in Stein gemeißelt und vor dem Museum aufgestellt zu werden.

*„Oft werden die Verfolgten ausschließlich als Opfer der gegebenen Verhältnisse, nicht aber als hervorragende Künstler wahrgenommen.“. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert in seiner Eröffnungsrede.*

Das Kunstmuseum und das Zentrum für Verfolgte Künste erinnern auf Grundlage von zwei Sammlungen (Sammlung Gerhard Schneider mit einigen tausend Kunstwerken von weitgehend vergessenen Künstlern und die Literatursammlung Jürgen Serke „Die Verbrannten Dichter“) an Künstler und Autoren, die in der NS-Diktatur oder in der DDR verboten und verfolgt wurden. Viele von ihnen kommen in der heutigen Kunstgeschichte nicht mehr vor. Ihre Namen und Werke sind in Vergessenheit geraten; das was ihre „Täter“ erreichen wollten, wirkt immer noch nach.

Durch das Zentrum soll die öffentliche Aufmerksamkeit auf einen lange vernachlässigten Teil der deutschen Geschichte gelenkt werden, die Verfolgung von Künstlern in Diktaturen, „Das ist kein Thema, das wir für immer hinter uns gelassen haben.“ So Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert in seiner Eröffnungsrede. Man müsste eigentlich sagen, man hat sich dem Thema nie ernsthaft gestellt. Gemeint sind jene Werke die als „Entartete Kunst“ von den Nazis verbannt oder verbrannt wurden und deren Schöpfer ins Exil, in den Untergrund getrieben wurden oder, wenn sie blieben, im harmlosesten Fall mit „Schreib- und Malverbot“ belegt wurden. Sie dem Vergessen zu entreißen und ihren Werken die Wertschätzung zurückzugeben die sie verdienen, ist eine der Aufgaben des „Zentrums für Verfolgte Künste“.

Den Anfang machte, als erste Schenkung an das Zentrum, Oskar Zügels (1892-1962) Werk „Ikarus“ von 1935. Sowohl die Biographie Zügels als auch die seines Bildes, in

der Aussage und wie es die Zeiten überstanden hat, stehen symbolisch für die Bestimmung des neuen Zentrums.

In Anbetracht dessen, dass die Zahl der Künstler und Schriftsteller weit über die tausend geht, ist es ein Forschungsgebiet auf dem es noch viel zu entdecken gibt und für Kunstspekulanten eröffnet sich ebenfalls eine neue Einnahmequelle.

Eine der zunächst vergessenen Literatinnen ist Selma Meerbaum-Eisingers (geboren am 5.2.1924 in Czernowitz, Bukowina - heute Ukraine; gestorben am 16.12.1942 im Zwangsarbeitslager Michailowka in der Ukraine). Sie war durch ihre Mutter deutschsprachig. Ihre Werke waren

zu ihren Lebzeiten nur einem sehr kleinen Kreis bekannt. Heute zählt man ihr Werk zur Weltliteratur, gewürdigt dadurch, dass es gedruckt wurde und andere Künstler ihr Werk heute wieder aufgreifen (Reinhard Mey, Xavier Naidoo, Ute Lemper und Iris Berben). Man müsste mit Che Guevara sagen



*Aus der Folge: Fritz Lederer: In the Eruw of Theresienstadt (Im Bannkreis von Theresienstadt) um 1946/47, Blatt 12: The One Left Behind*



*Hans Felbusch - Elias Himmelfahrt 1936*

„Schaffen wir zwei, drei ... viele Jürgen Serke“. Denn ihm, dem Autor von „Die Verbrannten Dichter“ (1977) ist es zu verdanken, dass Selma Meerbaum-Eisinger überhaupt wieder ans Licht kam. Dies gilt ebenso für Hajo Hahn und die „Else Lasker-Schüler-Gesellschaft“, die es schaffte, die fast vergessene und verfemte Literatur mit Initiative und Lesungen ins Heute zu holen. Das sind nur zwei Beispiele dafür, welche Vorarbeit geleistet wurde. Für die zukünftigen Aufgaben, bei der Vielzahl an vergessenen und verfemten Künstlern ist das eine Mammutaufgabe für ein „kleines Regional-Museum“ (Zitat WDR 3) dessen Räumlichkeiten an Ausstellungsfläche und Archivierung begrenzt sind. Bei einem Etat von Seiten des LVR mit 290.000 Euro und der Stadt Solingen mit 145.000 Euro im Jahr, sowie einigen wohlwollenden Förderern, wird man gar nicht in der Lage sein, dem Anspruch gerecht zu werden.

Eigene Forschungsarbeit, Archivierung, Restauration und Öffentlichkeitsarbeit ist da nur begrenzt möglich. Zumal nicht damit zu rechnen ist, dass sich die Zahlen des Etats und der Mitarbeiter erhöhen werden. Man hat Solingen mit dem Zentrum eine Museumsperle gegeben, aber nicht die Mittel zum Wachstum. Der Pessimist würde sagen, das ist eine Totgeburt, der Optimist sagt, die Stärke liegt in der Chance, den Anspruch mit Leben zu erfüllen.

*Heinz Mähner*

*Fotos: „Bürgerstiftung für verfemte Künste mit der Sammlung Gerhard Schneider, Solingen“ im Kunstmuseum Solingen.*

# BUNT STATT BRAUN: RASSISMUS STOPPEN MENSCHENRECHTE UND FLÜCHTLINGE SCHÜTZEN

Wir setzen ein Zeichen gegen Hass und Gewalt

**Keine Frage – die Anzahl der Flüchtlinge stellt unser Gemeinwesen vor enorme Herausforderungen. Aber wer, wenn nicht wir in Europa, kann diese Aufgabe stemmen?**

Wenn wir die Integration dieser Menschen richtig anpacken, bieten sich aber auch neue Chancen, unser gemeinsames Leben bunter und reichhaltiger zu gestalten und gesellschaftlich drängende Probleme, wie zum Beispiel die Überalterung unserer Gesellschaft, zu meistern. Wir brauchen Zuwanderung! Es kommt auf unser Engagement an, diese so positiv wie möglich zu gestalten.

Fast alle Solinger, die bereits Hilfe für Flüchtlinge leisten, sind beeindruckt von der Bereitschaft der zu uns gekommenen Zuwanderer, sich zu integrieren, unsere Sprache zu lernen und von ihrer Motivation, etwas leisten zu wollen.

Abschottung in einer Festung Europa, Gewalt, Rassismus, Islamophobie und die Unterlassung von Hilfe für die Menschen, die unter anderem auch durch unsere falsche Politik (Kriege, Rüstungsexporte, Umweltzerstörung, Zerstörung der nationalen Märkte usw.), in ihren Ländern in Not geraten sind, sind keine Alternativen.

Wir sind froh und auch etwas stolz darauf, dass es in unserer Stadt eine hervorragend ausgeprägte Willkommenskultur und ehrenamtliche Hilfsbereitschaft gibt. Das wollen wir uns nicht kaputt machen lassen von sogenannten „besorgten Bürgern“, die sich vor den Karren von Pro-NRW, Pegida und AfD spannen lassen und gegen Flüchtlinge hetzen. Es ist unerträglich, wie in anderen deutschen Städten solche „besorgten Bürger“ und rechtsextreme Gewalttäter Asylbewerberheime in Brand setzen, Flüchtlinge jagen, verletzen und bedrohen.

Mit Sorge sehen wir, dass die von Angela Merkel mitgetragene humanistische Politik des Willkommens auch regierungsintern um-

gekehrt wird. Das ist Wasser auf die Mühlen der Hetzer und Brandstifter, die es auch in unserer Stadt gibt und die derart bestätigt aktiver werden.

Mit Trauer und Abscheu haben wir die Terroranschläge des sogenannten Islamischen Staates von Ankara über Beirut bis zum Abschuss des russischen Flugzeuges über dem Sinai und Paris zur Kenntnis genommen. Der IS muss mit allen Mitteln bekämpft und besiegt werden. Aus Erfahrung wissen wir jedoch, dass Terror nicht mit Krieg zu bekämpfen ist. Wir werden es nicht zulassen, dass im Sinne des islamistischen Terrors unsere Gesellschaft, insbesondere was unsere Haltung zu den Flüchtlingen betrifft, sich weiter entsolidarisiert und spaltet. bunt statt braun ruft deshalb auf:

- Verteidigen wir unsere offene, menschliche und von Vielfalt geprägte Gesellschaft
- Verstärken wir die Hilfe für die Flüchtlinge in Solingen
- Schützen wir sie vor Hass, Hetze und Anschlägen
- Fordern wir sichere Zugangswege nach Europa und faire Asylverfahren

Bündnis „Bunt statt Braun“

## Neue Initiative für einen Solinger Flüchtlingsrat

(dg) In Solingen hat sich eine Initiative für die Gründung eines Solinger Flüchtlingsrates gebildet. Die Teilnehmer wollen sich für die Rechte der Flüchtlinge einsetzen, für die Verbesserung der Lebens- und Wohnverhältnisse und der Integration arbeiten, über die aktuelle Situation, u.a. über geplante Abschiebungen informieren, Lösungsvorschläge für eine menschenwürdige Unterbringung entwickeln und die Öffentlichkeit informieren.

Die Initiative setzt sich bisher zusammen aus ehrenamtlichen FlüchtlingshelferInnen, Flüchtlingen, Mitgliedern aus Initiativen, Kirchen und politischen Parteien. Wer an einer Mitarbeit Interesse hat, ist herzlich eingeladen.

Die Initiative trifft sich jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3.



300 Solingerinnen und Solinger beteiligten sich an der Demonstration von Bunt statt Braun am 5.12.2015

## tacheles-Jahresabo

Ein Jahr für 13 € frei Haus

Unterstützungs-Abo 20 € frei Haus

Bankverbindung  
Bürgerinitiativenbüro e.V

IBAN: DE31330605920005464641  
Stichwort „tacheles-Abo“

BIC: GENODED1SPW (Sparda Bank)





## SYSTEMKRISE STATT FLÜCHTLINGSKRISE?

**Chaos bei der Verteilung und Unterbringung von Flüchtlingen. Während riesige und teure Landeseinrichtungen leer stehen, müssen Kommunen ihre Flüchtlinge in Turnhallen und Schwimmbädern unterbringen. Während in Solingen etwa 3000 Wohnungen leer stehen, schaffte es die Verwaltung in zwei Jahren gerade mal Geflüchtete in 135 privaten Wohnungen unterzubringen. Das Angebot von Wohnungen ist größer als die Verwaltung es schafft, diese zu belegen.**

Chaos in den für die Verteilung verantwortlichen Regierungsbezirken. Familien, Verwandte und Freunde werden auseinandergerissen, Flüchtlinge, die schon Kontakt gefunden haben vor Ort, deutsch lernen und von Ehrenamtlern betreut werden, müssen in eine andere Stadt, werden hin und her geschickt. Ihre Geschenke, Kleidung, Möbel, Spielzeug, Fahrräder usw. dürfen sie nicht behalten. Nur ein Koffer pro Person ist erlaubt.

Chaos bei der Organisation der zahlreichen Spenden und der Angebote von ehrenamtlicher Hilfe. Ohne die riesige Hilfsbereitschaft der Zivilgesellschaft wäre alles noch viel schlimmer.

Chaos in der Bundesregierung. Monate lang werden die überforderten Kommunen ohne jede finanzielle Hilfe, völlig im Regen stehen gelassen.

Frühere Integrationsleistungen wurden unter bedeutend schlechteren Bedingungen erzielt. Wir haben sie alle mehr oder weniger integriert: Millionen von Nazis nach 1945, die Vertriebenen aus dem Osten Europas, die angeworbenen, sogenannten Gastarbeiter aus dem Süden Europas, unsere Brüder und Schwestern aus der DDR, darunter sogar die Sachsen. Jetzt auf einmal soll das nicht mehr funktionieren, obwohl wir dringend Zuwanderung brauchen, um unser Sozial- und Rentensystem abzusichern? Ausgerechnet jetzt, wo dieses Land nicht zerbombt, politisch nicht isoliert und potent ist wie nie zuvor? Frühere und größere Integrationsleistungen wurden unter bedeutend schlechteren Bedingungen erzielt als heute, wo Deutschland zu den reichsten und am besten funktionierendsten Länder der Welt zählt. Was ist passiert?

Privat vor Staat, der Neoliberalismus, die Privatisierung öffentlichen Eigentums und dessen Aufgaben zeigt Wirkung. Kaum eine Stadt hat noch kommunales Wohneigentum, der Soziale Wohnungsbau liegt danieder, der Öffentliche Dienst ist bis auf sein Skelett verschlankt. Staatliche Regulierungsmechanismen, um zum Beispiel gegen die spekulative Zweckentfremdung von Wohnraum vorzugehen, wurden in Form einer Selbstentwaffnung abgeschafft. Der Staat hat sich unter der Losung der Verschlinkung selbst arm

und handlungsunfähig gemacht. Was über das Normalmaß hinausgeht, überfordert ihn.

### Brandschutz vor Menschenrecht

Unter diesen Bedingungen haben sich viele Behörden, vor allem im Höheren Dienst, entsprechend eingerichtet. Die Bürokratie wurde von „Oben“, aber auch von „Unten“ perfektioniert. Schließlich wurde es unter den Verhältnissen mangelnder personeller und finanzieller Ausstattung immer wichtiger zu begründen, warum etwas nicht geht, anstatt aufzuzeigen wie etwas gehen könnte. Die Absicherung und Abschottung nach Außen, der geschönte Nachweis von Aktivität, die Dokumentation von Pflichten wurde wichtiger als die Arbeit selbst. Sinn und Zweck, die ursprünglichen Inhalte und Ansprüche der öffentlichen Dienstleistungen, wurden ersetzt durch ein immer weiter ausuferndes System von inhaltslosen Regeln, die nicht mehr den Menschen, sondern der bevormundenden Verwaltung von Menschen dient. Deutlichster Ausdruck dieser Entwicklung sind die völlig unverständlichen Antragsformulare insbesondere für soziale Leistungen, wie z. B. die auf ALG II, Kinderzuschlag, Elterngeld usw. Oder der Brandschutz, der in Flüchtlings-einrichtungen wie zum Beispiel am Monhofer Feld über dem Menschenrecht auf ein Minimum an Privatsphäre steht. Aus Brandschutzgründen dürfen die Schlafzellen (mehrere Betten) angeblich nur mit 1,60 Meter hohen Wandtafeln abgetrennt werden.

### Wir schaffen das, wenn ...

Wie in einem Prisma zeigt die sogenannte Flüchtlingskrise, dass es sich in Wirklichkeit um eine Krise der Gesellschaft handelt. All diese beschriebenen Erscheinungen und Entwicklungen lassen nämlich vermuten, dass es sich nicht um eine Flüchtlingskrise, sondern um eine Systemkrise verschiedenster staatlicher Organisationen handelt. Deshalb werden wir das auch nur schaffen, wenn wir diese Gesellschaft verändern. Denn Integration funktioniert nur, wenn sich auch die Aufnehmenden verändern. Die dadurch entstehende neue Gesellschaft kann nicht ein

einfach quantitatives, mathematisches Mehr von alten Einwohnern und neuen Zuzuwandernden sein. Sie bedarf einer qualitativen Veränderung. Sonst wäre es keine Integration sondern Assimilation. Natürlich müssen sich die zu uns Geflüchteten an unsere verfassten Grundgesetze anpassen, aber auch die Mehrheitsgesellschaft muss bereit sein, sich zu verändern. Diejenigen, die behaupten dass wir das nicht schaffen könnten, wären ehrlicher, wenn sie sagen würden, dass sie es nicht schaffen wollen, weil sie keine Veränderung wollen. Hier spielen mehr oder weniger konservative oder schlimmer noch, nationalistische Haltungen sicherlich eine Rolle. Bei aller kritischen Betrachtung dieser Verhältnisse darf nicht unerwähnt bleiben, dass die neue Solinger Verwaltungsspitze, noch keine drei Monate im Amt, ernsthaft bemüht ist, die Fehler der vorherigen CDU-geführten Verwaltung zu vermeiden und einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik eingeleitet hat. Helfen wir ihr dabei!

*Frank Knoche*

## EIN ENDE DER ZENSUR?

### Darf die tacheles wieder in städtischen Einrichtungen ausgelegt werden?

Die Bürgerin Eveline Gilsbach fragte in der Einwohnerfragestunde des Stadtrates am 5. Februar 2015 nach, warum die Zeitschrift tacheles nicht in der Bibliothek ausliegt. Oberbürgermeister Feith antwortete ihr: „Diese Entscheidung wurde vom Lektoratsgremium der Stadtbibliothek getroffen“.

Am 6. Juni 2007 hatte die Stadtverwaltung das Verbot der Auslage von tacheles noch damit begründet, dass gemäß der Gebäudeordnung vom 1.10.1986 die Leiterin der Bibliothek angewiesen wurde die tacheles nur noch in einem Belegexemplar auszulegen, weil „jedwede Verteilung/Auslage von Schriften etc. nicht zulässig“ sei.

Bereits 1986 hatte der damalige Stadtdirektor Deubel (später verurteilt wegen Korruption) in einer Dienstanweisung verordnet, dass die „verwaltungsfeindliche“ Zeitung tacheles in der Stadtbibliothek nicht mehr ausgelegt werden darf. Nach mehreren Ratsanfragen der Grünen diesbezüglich, galt die Regelung, dass die tacheles erst nach Prüfung des Oberbürgermeisters oder des zuständigen Dezernenten zur Auslage freigegeben werden konnte. Unter diesen Umständen lag unsere Zeitung bis Anfang 2007 auch in einigen öffentlichen Einrichtungen aus. Die Satirepublikation „Italien“ wurde allerdings in dieser Zeit auf Weisung des Oberbürgermeisters, Franz Haug, aus der Stadtbibliothek entfernt, weil sich Bürger über eine Papstkarikatur beschwert hatten.

Als dann die tacheles Nummer 39/2007 erschien, kamen wir auch auf den Index. Franz Haug gefiel nicht, dass wir in dieser Ausgabe seine Teilnahme am 90ten Geburtstag des Volksverhetzers und Auschwitzleugners Günther Kissel kritisierten. Die Verwaltung ordnete das Verbot der Auslage in allen städ-

tischen Gebäuden an. Weil die Bibliothek eine Sonderstellung einnehme, werde ein Belegexemplar der tacheles dort zur Verfügung gestellt. „Mit der Auslage jeweils eines Exemplars ist dem Informationsbedürfnis der Leserinnen und Leser ausreichend Rechnung getragen. Eine Mehrfachauslage zur Mitnahme würde der Bibliothek eine Verteilfunktion zuordnen, die weder ihrem Auftrag noch den allgemeinen Erwartungen an eine Bibliothek entsprechen würde“, schrieb uns am 6. Juni 2007 der zuständige Verwaltungsdezernent im Auftrag des Oberbürgermeisters.

In einem Gutachten beurteilte der Hochschullehrer für Kommunikations- und Medienforschung Prof. Dr. Jörg Becker dieses Verhalten als eine verfassungswidrige „Vorzensur“. Er hatte festgestellt, dass zur gleichen Zeit Mehrfachauslagen (30 bis 40 Exemplare) von Werbezetteln (Au Pair in den USA) und Zeitschriften (Stadtanzeiger, Klingenstein-Magazin) zur Mitnahme angeboten wurden. Einige Zeitschriften enthielten dabei ebenso wie die tacheles (kommunal-)politische Kommentare und Berichte. Der Herausgeber des Stadtanzeigers war und ist zum Beispiel der konservative Journalist Friedhelm Funk, der 2015 zur Oberbürgermeisterwahl kandidierte.

In der städtischen Beratungsstelle für Spätaussiedler lag damals sogar, ohne dass die Verwaltung daran Anstoß nahm, die Kampfschrift der schlesischen Landsmannschaft, „Der Schlesier“, aus. In dieser Zeitung wurde regelmäßig das Existenzrecht des polnischen Staates in Frage gestellt.

Die International Federation of Library Associations and Institution, eine weltweite Dachorganisation der Bibliotheken, fordert von ihren Mitgliedern, dass sie „Informationen ungehindert verbreiten und sich jeder



tacheles seit 63 Ausgaben „verwaltungsfeindlich“? Foto: Heinz Mähler

Form von Zensur widersetzen“ sollen. „Die Bibliothekare sollen ihre Verpflichtungen sowohl ihrem Arbeitgeber als auch ihren Benutzern gegenüber erfüllen. Kollidieren diese Verpflichtungen, soll die Pflicht gegenüber dem Benutzer Vorrang haben“, heißt es in den Grundsätzen des Verbandes, welche von allen Bibliotheken einzuhalten sind, weiter. Die tacheles-Redaktion sammelte deshalb in nur einer Stunde vor der Solinger Stadtbibliothek 33 Unterschriften unter die Erklärung: „Ich bin Benutzer/in der Stadtbücherei und erwarte, dass dort die „tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität“ in Mehrfachexemplaren zu erhalten ist“. Die Feith (CDU)-Verwaltung hielt trotzdem an ihrer Zensurmaßnahme fest. Nur feiger als vorher. Man versteckt sich hinter einem ominösen „Lektoratsgremium“, welches wahrscheinlich überhaupt nicht existiert.

Wir werden diese tacheles Ausgabe wieder in der Bibliothek auslegen.

Frank Knoche

## Wer oder was ist Attac?

Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen. Wir machen uns Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen, die durch die neoliberale Globalisierung entstehen und zeigen Alternativen auf.

### Eine andere Welt ist möglich!

Attac-Solingen trifft sich jeden 1. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, Solingen.

Jeden 3. Mittwoch im Monat organisiert Attac-Solingen das Themen-Frühstück „Armut geht uns alle an - gemeinsam etwas erreichen!“ von 10 bis 12 Uhr im Café Courage.

Bei unseren Veranstaltungen sind interessierte Mitmenschen immer herzlich willkommen.

Mehr Infos:

[www.attac-netzwerk.de/solingen](http://www.attac-netzwerk.de/solingen)

Kontakt: [solingen@attac.de](mailto:solingen@attac.de)

Birgit Correns, Tel.: 0212 / 80157



## WIRD BUSCHFELD GEGEN DEN WILLEN DES STADTRATES ZUM GEWERBEGEBIET ERKLÄRT?



(dg) Die Bürgerinitiative „Rettet das Ittertall“, bündelt den Protest gegen die vier geplanten neuen Gewerbegebiete im Ittertall (Keusenhof, Buschfeld, Fürkeltrath 2 und Piepersberg West). Sie führte im Herbst mehrere interessante, gut besuchte Veranstaltungen durch: Am 20.8. gieren die Oberbürgermeisterkandidaten Tim Kurzbach und Norbert Feller bei der Podiumsdiskussion der Bürgerinitiative ins Schwitzen. Kurzbach lehnte dabei Buschfeld eindeutig ab und zeigte große Skepsis zur Sinnhaftigkeit von Fürkeltrath 2. Er schloss Enteignungen für Gewerbegebietsplanungen aus. Am 11.9. besuchte NRW-Umweltminister Johannes Remmel die Initiative, ließ sich von ihren Mitgliedern sowie Anwohnern die Landschaftsgebiete Buschfeld und Fürkeltrath 2 zeigen und wandte sich gegen den ungebremsten Verbrauch von landwirtschaftlichen Flächen. Am 23.9. fand das große Sommerfest der Bürgerinitiative im Naturfreundehaus an der Eipaßstraße statt (siehe Foto). Viele Engagierte und Freunde feierten hier bis in die Nacht hinein und stärkten sich mit diesem gelungenen Fest für weitere, hoffentlich erfolgreiche Aktivitäten zum Erhalt des Ittertals.  
Foto: Marion Zoubek

Wie die tacheles erfuhr, plant die Bezirksregierung Düsseldorf nach derzeitigem Stand, das nördlich der Hofschaff Garzenhaus liegende 172.000 m<sup>2</sup> große Landschaftsschutzgebiet Buschfeld im zweiten Regionalplanentwurf erneut als Gewerbegebiet auszuweisen. Dabei hatte der Solinger Stadtrat am 26.3.2015 bei der Abstimmung über den ersten Entwurf des Regionalplanes ein starkes Signal gesetzt: Mit deutlicher Mehrheit von SPD, Grünen, Linken, BFS, Piraten, SG Aktiv und FBU entschied der Rat gegen CDU, FDP und AfD, das am Ittertall und am Klängenpfad gelegene Gebiet Buschfeld zu erhalten und nicht in ein Gewerbegebiet umzuwandeln. Schon das Gutachten „Ökologische Bewertung des Ittertals in der Stadt Solingen“ (2013) hat die Bebauung des Landschafts-

schutzgebietes Buschfeld sehr kritisch bewertet. Es stuft die „Empfindlichkeit / Raumwiderstand“ des Bereiches Buschfeld als „sehr hoch“ ein.

Die Umweltprüfung zum Regionalplan (2014) drückt ebenfalls ein deutliches Urteil gegen die Bebauung aus: „Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei drei Kriterien (Naturschutzgebiet, Schutzwürdige Böden, bedeutende Kulturlandschaften) zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.“

Im „Klimagutachten für das Ittertall in Solingen“ (2015) wird dargestellt: „Auf Solinger Stadtgebiet sind die Kammlagen um das Untersuchungsgebiet Buschfeld und Keusenhof maßgeblich an der Kaltluftproduktion beteiligt.“ sowie: „Mit einem Kaltluftbildungspotenzial-Anteil von rund 9 % bezogen auf die Kaltluftflächen des südlichen Ittertals käme es im Fall einer Bebauung der Fläche Buschfeld zu einer deutlichen Reduzierung der Kaltluftströmung.“

Trotz beginnender Klimakatastrophe, ungebremstem Verlust von landwirtschaftlicher Fläche und der sich rapide verringernenden Artenvielfalt scheint bei der Bezirksregierung und den Regionalpolitikern ein Um-

denken gemäß den Anforderungen einer Nachhaltigen Entwicklung immer noch zu fehlen. Für Oberbürgermeister Tim Kurzbach und den Solinger Stadtrat kommt hinzu, dass es sich hier um einen eklatanten Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung handelt. Auch dies sollten sie sich nicht gefallen lassen.

Die Bedeutung des Biotopverbunds Ittertall, der die Hildener/Ohligser Heide mit dem Tal der Wupper/Burgholz verbindet, wird auch im vom „Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW“ zum neuen Regionalplan erstellten „Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ (2014) deutlich. Darin werden in diesem Freiraumband durchgängig Flächen als „Biotopverbund -herausragende Bedeutung-“ und „Biotopverbund -besondere Bedeutung-“ bewertet. Auch die Fläche des ebenso umstrittenen geplanten Gewerbegebietes Piepersberg West sowie große Teile des umstrittenen geplanten Gewerbegebietes Fürkeltrath 2 werden als „Biotopverbund -besondere Bedeutung-“ bewertet.

PS: Das am 9.12.2013 vom Planungsausschuss beauftragte Gesamtgutachten Ittertall fehlt übrigens immer noch.

Dietmar Gaida



## LAST EXIT – OUTLET

**Nicht nur im Film „Die Feuerzangenbowle“ gilt, stellen wir uns mal ganz dumm: Was ist ein Factory-Outlet-Center?**

Ein Outlet ist im angelsächsischen Sprachgebrauch erst einmal einfach ein direkter Werksverkauf, wie ihn einige Solinger Firmen für ihre Produkte auch haben und dagegen ist ja auch nichts einzuwenden.

Jetzt geht es aber bei einem Factory-Outlet-Center (FOC) in den Clemens-Galerien ja nicht um den Werksverkauf Solinger Firmen, sondern um ein Herstellerdirektverkaufszentrum für alle möglichen Hersteller aus diversen Ländern und für multinationale Konzerne. Solche Zentren sollen den Einzelhandel in klassischer Form umgehen und die Handelsspannen von Groß- und Einzelhandel für den Hersteller vereinnahmen. Ein FOC ist also absolute Gewinnmaximierung für den Hersteller. Es soll kein Fachhandel dazwischen sein, der ein Sortiment aufbaut, in dem Konkurrenzprodukte auftauchen, in dem nicht die vom Hersteller gewünschte volle Palette angeboten wird, ja im Endeffekt wird kein

Fachhändler benötigt, da ja gar keine Entscheidung zwischen Produkten stattfindet, weil es ja nur das Sortiment eines Herstellers jeweils gibt. Das bedeutet, Angestellte können entsprechend niedrig bezahlt werden, da ja nur Sortiments- aber keine Fachkenntnis nötig ist. Cui bono? Also wem nützt es dann? Dem Verbraucher? Nein, er verzichtet auf echte Auswahl unter Alternativen. Den Angestellten? Nein, weil nur gering qualifizierte Kräfte benötigt werden. Dem Franchisenehmer oder Subunternehmer? Nein er muss noch viel Geld mitbringen, um sich einzukaufen. Außerdem ist er verpflichtet, die gesamte Ladeneinrichtung zu erwerben bzw. abzuzahlen, damit die Gewinne möglichst niedrig vor Ort sind und alle paar Jahre auf seine Kosten auch erneuern zu lassen. Von freiem Unternehmertum kann da auch keine Rede sein. Verdient wenigstens die Stadt daran? Im Endeffekt nicht: Es gibt keinen Unternehmer, der das im Geschäft verdiente Geld wieder in der Stadt ausgibt oder investiert und damit zu einer florierenden Wirtschaft beiträgt. Der Großteil der

Steuern geht an der Stadt vorbei, da der Hersteller an ganz anderem Ort sitzt und alles ja lizenziert mit vielen Kosten vor Ort verkauft, so dass das Ladenergebnis vor Ort klein gerechnet wird. Ein kleiner Einzelhändler, der auf eigene Rechnung handeln würde, kann das nicht. Er zahlt aus seiner Marge Steuern. Ein FOC soll aber gerade keine große Marge am Ende beim einzelnen Ladenlokal lassen. Aufgrund des im Vergleich zum Fachhandel niedrigeren Lohnniveaus fällt auch weniger Lohnsteuer an und die Mitarbeiter können selbst weniger konsumieren und die lokale Wirtschaft damit auch nicht ankurbeln.

Ein FOC ist also, auf eine knappe Formel gebracht, nur ein Modell, das Geld möglichst vieler Menschen, die in einer Stadt leben, möglichst direkt aus der Stadt heraus zu ziehen.

Es ist deshalb kein Modell, eine Stadt voranzubringen oder gar zu entwickeln.

*Frank Bem*

## GEMEINSCHAFTLICH GETRAGENE LANDWIRTSCHAFT SOLAWI IN GRÄFRATH NIMMT NEUE MITGLIEDER AUF

**Frischer geht's nicht – auf kleinster Fläche. Der Kirberghof liegt nördlich der Hofschaf Holz in Gräfrath. Er ist knapp 1 ha groß und gut 1000 Jahre alt. Auf seinem Boden gedeihen hier fast alle Gemüsesorten, wobei wir gern alte unbekanntere Sorten anbauen. Einige Obstsorten und viele Kräuter bereichern das Angebot.**

Durch das Modell des gemeinschaftlich getragenen Landwirtschaftens ernährt der Kirberghof-Acker außer den langjährigen Hofladenkunden inzwischen 100 weitere Menschen, die gemeinsam unsere Kirberghof-Solawi bilden. Und noch ein paar Menschen/Familien könnten im kommenden Jahr mit gutem Biogemüse direkt vom Acker versorgt werden.

Solidarische Landwirtschaft (Solawi) bedeutet, dass man gemeinsam für das Fortbestehen guter Gemüseproduktion verantwortlich ist. Das unterstützt die kleine Landwirtschaft vor Ort und bewahrt Sortenvielfalt und bäuerliches Wissen. Eine Solawi-Gruppe unterstützt einen regionalen Hof für mindestens ein Kalenderjahr durch Monatsbeiträge und durch etwas Mitarbeit. Dafür erhält jedes Mitglied vom Feld des unterstützten Bauern das frisch geerntete saisonale Ackergemüse und noch altes erprobtes Wissen rund um den ökologischen Anbau dazu. Der gemüseproduzierende regionale Hof wird erhalten, Gemüse und landwirtschaftliche Arbeit erhalten wieder ihren ursprünglichen Wert.



*Mitglieder der Solawi nach getaner Arbeit*

Wir vergeben Ernteanteile (EA) für ein Jahr, das im März beginnt und im Februar endet. Der monatliche Betrag pro EA liegt bei etwa 50 €. Als Mitglied trägt man das Risiko von Ernteausfällen mit, erhält aber auch alle Ernteüberschüsse und kann sich deshalb reichlich bevorraten. Klimabedingt beginnt die Gemüsebereitstellung im Mai und endet im Dezember/Januar, in der dazwischenliegenden Zeit werden die Vorräte benötigt. Pro EA hilft jedes Mitglied ca. 20h im Jahr mit. Diese gemeinsamen Einsätze machen Spaß und vermehren das eigene Anbauwissen. Und nach getaner Arbeit feiern wir zusammen die Ernte. Wie früher. Eine Solawi bewegt sich wieder an den natürlichen Rhythmen entlang und bietet viele anregende Kontakte zu anderen tatkräftigen Menschen. Am 21.2.2016 wird unsere Solawi 2016 gegründet. Wer mitmachen möchte, besuche eine der folgenden Info-Veranstaltungen:

- 28.1.2016, 19 Uhr im Walder Stadtsaal in Solingen, Friedrich-Ebert-Str. 75. Dabei stellt die Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“ zusätzlich den Biotopverbund Ittertal vor.

- 29.1.2016, 19 Uhr in der Elternschule Velbert, Robert-Koch-Str. 16

- 17.2.2016, 19 Uhr im Weltladen Haan, Kaiserstr. 40

- 18.2.2016, 19 Uhr in der Heilpraktikerpraxis J. Hilbert in Wuppertal, Plateniusstr. 20

KIRBERGHOF - Bioland-Gärtnerei von Lutz Ischebeck & Daniele Schaefer, Backesheide 1 in 42781 Haan-Solingen.

Infos unter [www.bioland-ischebeck.de](http://www.bioland-ischebeck.de). Kontakt: E-Mail: [kirberghof@gmx.de](mailto:kirberghof@gmx.de) oder im Hofladen – Öffnungszeiten ab Februar: Dienstags von 10.00 - 13.00 Uhr und 16.00 - 19.00 Uhr, Samstags von 10.00 - 13.00 Uhr.



*Pflanzen setzen macht Spaß*



## Weshalb eigentlich ein „Ombudsamt“ ?

Bei seiner ersten Sitzung nach der Oberbürgermeisterwahl im vorigen Jahr stand auf der Tagesordnung des Unterausschusses Bürgerbeteiligung und Transparenz (UABuT) auch eine Anregung aus der Bürgerschaft mit dem Titel Eingabe gemäß § 24 GO NRW, hier: „Anregung zur Einrichtung eines Ombudsamts für Menschen, die in Armut leben“.

Diese Anregung war im April 2015 von vier Teilnehmern des Attac-Themenfrühstücks „Armut geht uns alle an“ eingereicht worden. Diese sogenannten „Petenten“ bekamen in der Sitzung die Möglichkeit, mündlich ihre Petition zu erläutern und zur Beschlussvorlage der Verwaltung Stellung zu nehmen. Für tacheles habe ich dazu Herrn Friege einige Fragen gestellt.

### Weshalb eigentlich ein „Ombudsamt“?

Eine Arbeitsgruppe von Attac Solingen beschäftigte sich seit 2003 immer wieder mit dem Thema „Armut“. Es entstand daraus das Angebot eines einmal im Monat stattfindenden Frühstückstreffens mit Menschen, die als Arbeitslose, Sozialhilfe- oder Hartz 4-Empfänger am meisten unter den Folgen der zunehmend neoliberaleren Politik zu leiden haben.

Im Dezember 2012 führte dann der Solinger DGB eine „Armutskonferenz“ durch. Als Ergebnis liegt ein ergreifendes Dokument mit dem Titel „Armutszugnis für Solingen“ vor, in dem Betroffene von ihrer Lage berichteten. Als Konsequenz wurden „Gewerkschaftspolitische Forderungen für Solingen“ formuliert - von denen uns damals als ATTAC besonders Punkt 4: „Ernennung einer Ombudsfrau/eines Ombudsmannes interessierte“.

Wie wurde anschließend über das „Armutszugnis“ in der Frühstückstreffgruppe gesprochen?

Als unsere Antwort entstand damals ein

Papier mit dem langen Titel „Kommentar des Attac-Solingen-Frühstückstreffs vom 17. Juli 2013 zum Bericht der Armutskonferenz 'Armutszugnis für Solingen' des DGB Stadtverbands Solingen“. Wir übergaben es nicht nur dem DGB, sondern auch den Solinger Sozialverbänden.

Unsere wichtigste Frage: „Die TeilnehmerInnen des attac-Frühstückstreffs hätten nun gerne vom DGB Stadtverband Solingen gewusst, wer diese Ombudsperson auswählen/einsetzen/bezahlen soll, wo sie angebunden sein soll und wer ihre Aufgaben definieren soll. Ist dabei wirklich nur an eine 'Vernetzungsstelle' ohne weitere Kompetenzen, etwa gegenüber Rat und Verwaltung gedacht? Gibt es ähnliche Institutionen schon in anderen Städten?“

### Was ist aus der Idee bisher geworden?

In der Sache „Ombudsamt“ ist leider zwei Jahre lang nichts für uns Sichtbares geschehen.

Da beim Frühstück aber immer wieder von Problemen berichtet wurde, deren Ursachen in zu den betroffenen Menschen nicht passenden Verwaltungsstrukturen lagen, haben wir uns selbst an die Arbeit gemacht und versucht, unsere oben genannten Fragen zu beantworten.

### Wie stellt sich die Frühstückstreffgruppe solch ein Ombudsamt vor?

Wir schlagen vor, dass - erstens schnell im Sinne der betroffenen Person reagiert werden kann, etwa durch einen direkten Anruf bei einer Behörde/Amtsleitung, aber auch durch Weiterleitung an eines der vielen schon existierenden Angebote der Solinger Sozialverbände („Feuerwehrfunktion“);

- zweitens die strukturellen Probleme erkannt und verknüpft werden, die zu der verletzenden Situation geführt haben („Analysefunktion“), und

- drittens diese Erfahrungen in direkte Gespräche mit den Leitungen verschiedener Ämter (nicht nur im Sozialreferat) und anderen Stellen eingebracht werden. Dadurch lassen sich unserer Meinung nach Strukturen innerhalb und zwischen diesen Stellen lösungsorientiert und menschenfreundlicher gestalten. Wir sind dabei sicher,



Gisbert Friege und Anette Kugler

dass auch die beteiligten Behörden für konkrete Hinweise und Anregungen dankbar sein werden („Strukturen-Optimierungsfunktion“).

### Wie verlief die Diskussion im Unterausschuss und was wurde beschlossen?

Die ursprüngliche Beschlussvorlage der Verwaltung enthielt neben dem Vorschlag, unsere Anregung in den Sozialausschuss zu verweisen auch die Aufforderung, dass dieser die Anregung ablehnen sollte. Dieser Zusatz wurde einstimmig gestrichen.

### Was erwartet die Frühstückstreffgruppe von der Beratung im Sozialausschuss?

Es gibt offensichtlich immer wieder Situationen, die von den betroffenen Menschen als so existenzbedrohend erlebt werden, dass sie nur noch Angst haben. Die lähmt und hindert dann, sich an Abteilungs- oder Dienstleitungen zu wenden. Ganz zu schweigen davon, irgendwelche Beschwerdestellen anzurufen, Dienstaufsichtsbeschwerden zu erheben oder gar Petitionen einzubringen. Wir hoffen, dass die Mitglieder des Sozialausschusses begreifen, weshalb wir die Einrichtung eines Ombudamtes für arme Menschen für wirklich nötig halten. Und wir erwarten, dass sich der Ausschuss Gedanken darüber macht, wie ein solches Amt überhaupt eingerichtet werden könnte. Es muss ja wirklich unabhängig arbeiten können: unabhängig von Stadtdiensten, Jobcenter, Stromversorger ...

Unsere Vorstellung dazu ist, dass es vom Rat der Stadt Solingen eingerichtet und nur diesem berichtspflichtig sein sollte.

Anette Kugler

**Kontaktadresse:**  
 ZukunftsWelten e.V.  
 Mühlenteich 5 42653 Solingen  
 Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11

Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto  
 ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen

A  
g  
e  
n  
d  
a  
P  
r  
e  
s  
i  
d  
e  
n  
t  
2  
0  
0  
0

## REKORDZAHLEN BEI STROMSPERREN

### Erwerbslosenverein Tacheles fordert die Einführung einer bedarfsorientierten Haushaltsenergiepauschale.

Sieben Millionen Mahnverfahren, 345.000 Stromsperrern, in 200.000 Fällen bei Hartz IV-Haushalten - Zahlen die Handeln, sofortiges Handeln notwendig machen!

In Deutschland wurden im vergangenen Jahr über 7 Millionen Mahnverfahren wegen säumiger Forderungen für Haushaltsenergie eingeleitet. In 344.798 Fällen wurde Stromkunden der Stromanschluss zumindest vorübergehend gesperrt. Davon betroffen waren rund 200.000 Haushalte von SGB-II-Leistungsbeziehenden (Bundesnetzagentur, Monitoringbericht 2014, S. 149 ff.). Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Mahnungen um über eine Million. Diese Zahlen belegen dringenden sozialpolitischen Handlungsbedarf. Der Erwerbslosenverein Tacheles e.V. fordert daher im Rahmen der geplanten SGB-II-Änderungen eine Reihe von Korrekturen zur Bekämpfung von Energiearmut.

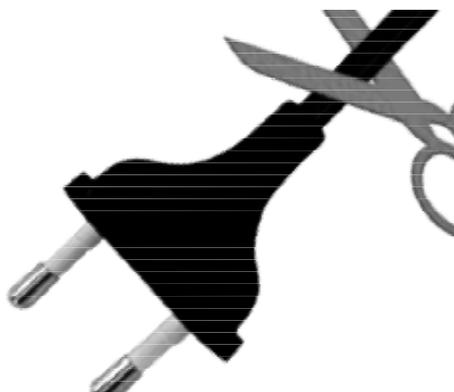
Im SGB II-/SGB XII-Regelbedarf für eine alleinstehende Person in Höhe von 391 EUR (Stand 2014) ist ein Betrag von 30,37 EUR für Haushaltsenergie enthalten. Der durchschnittliche Strompreis für Privathaushalte lag im Jahr 2014 bei 29,13 Cent/kWh (Wikipedia). Damit konnten alleinstehende SGB II-/SGB XII-Beziehende 106,26 kWh Strom im Monat und 1255,08 kWh im Jahr finanzieren.

Laut einer 2014 veröffentlichten Broschüre der Verbraucherzentrale NRW, „Stromsparen – einfach gemacht“ (S. 3, <http://www.vz-nrw.de/stromspartipps>), beträgt der Stromverbrauch ohne elektrische Warmwasserbereitung für einen Ein-Personen-Haushalt durchschnittlich 1.500 - 2.100 kWh im Jahr. Legt man daraus den Mittelwert zugrunde, ergibt sich ein durchschnittlicher Energiebedarf von 1.800 kWh pro Jahr für einen Ein-

Personen-Haushalt (zum gleichen Ergebnis kommt die Energieagentur NRW, „Wo bleibt der Strom?“, 2011).

Um 1.800 kWh für einen Ein-Personen-Haushalt im Jahr zu finanzieren, müssen monatlich 43,70 EUR aufgewendet werden. Im SGB II/SGB XII-Regelbedarf fehlen demnach 13,33 Euro im Monat. Mit dieser Deckungslücke wird das verfassungsrechtlich garantierte Existenzminimum von rund 7,5 Mio. SGB II/SGB XII-Beziehenden deutlich unterschritten.

Die genannten Fakten belegen dringenden Handlungsbedarf zur wirksamen Bekämpfung von Energiearmut. Der Verein Tacheles fordert daher die Umsetzung der nachstehenden Punkte im Rahmen der anstehenden Gesetzesänderungen.



„Eine Wohnung ohne Strom ist wie Tod.“  
Petra S. Montage Heinz Mähner

1. Herausnahme der Haushaltsenergie aus den Regelbedarfen. Der Bedarf für Haushaltsenergie wird aus den Regelbedarfen nach dem SGB II/SGB XII herausgenommen und separat erbracht. Gleichzeitig werden die Regelsätze in bisheriger Höhe beibehalten.

2. Einführung einer bedarfsorientierten Haushaltsenergiepauschale zusätzlich zum Regelsatz. Die bedarfsorientierte Haushaltsenergiepauschale ist als Mehrbedarf nach § 21 SGB II bzw. § 30 SGB XII zu gewähren. Sie ist für einen Ein-Personen-Haushalt ausgehend von derzeit 1.800 kWh im Jahr und von dem durchschnittlichen, jährlich aktualisierten Strompreis von zurzeit 29,13 Cent/kWh in Höhe von 43,70 EUR im Monat zu berechnen.

3. Angleichung der Bemessungsmethode des Mehrbedarfs für dezentrale Warmwasserversorgung. Der Mehrbedarf nach § 21 Abs. 7 SGB II bzw. § 30 Abs. 7 SGB XII für dezentrale Warmwasserbereitung ist nach den oben beschriebenen Maßgaben ausgehend von aktuellen Verbrauchserhebungen und durchschnittlichen Energiemengen und -preisen zu ermitteln.

4. Schaffung von „Energiesicherungsstellen“.

Diese sind von den kreisfreien Städten und Landkreisen unabhängig von den Jobcentern und SGB XII-Leistungsträgern einzurichten. Bei einer drohenden Energiesperre ist der Energieversorger verpflichtet, die betroffenen Haushalte der zuständigen Energiesicherungsstelle zu melden.

5. Entschärfung der Frist bis zur möglichen Energiesperre. Durch Einfügung einer zusätzlichen vierwöchigen „Reaktionsfrist“ nach der ersten Mahnung und Einführung einer gesetzlichen Meldepflicht der Energieversorger an die zuständige „Energiesicherungsstelle“ gewinnen die betroffenen Haushalte zusätzlich Zeit zum Handeln.

6. Rechtsansprüche zur Übernahme von Energieforderungen stärken. Die Übernahme von Haushaltsenergieforderungen nach Erhalt der Jahresabrechnung sowie von Energieschulden ist im SGB II und SGB XII als Rechtsanspruch auszugestalten (derzeit § 24 Abs. 1 SGB II/§ 37 Abs. 1 SGB XII sowie § 22 Abs. 8 SGB II/§ 36 Abs. 1 SGB XII). Damit wären SGB-II-/SGB-XII-Leistungsbeziehende und Personen, die keine Leistungen beziehen, gleichermaßen abgesichert.

7. Einführung einer garantierten Grundenergiemenge. Mittelfristig fordert Tacheles e.V. die Abschaffung von Energiesperren und Gewährleistung der Versorgung jedes Haushalts mit einer Grundenergiemenge, um den existenziellen Bedarf an Haushaltsenergie sicher zu stellen.

Die ausreichende Versorgung mit Strom ist eine Grundvoraussetzung zur Sicherung eines menschenwürdigen Daseins. Nur durch die gesicherte Energieversorgung wird die Teilhabe der Menschen mit niedrigen Einkommen und Bezieher/innen von Leistungen zum Lebensunterhalt am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Unterstützungsangebote beim Energiesparen sind lobenswert aber wenig effizient und sie beseitigen nicht die systematische Unterdeckung aufgrund zu niedriger Bedarfsanteile in den Regelsätzen für Haushaltsenergie sowie für die Anschaffung energieeffizienter Geräte.

Das Recht der Europäischen Union fordert: „Die Mitgliedstaaten ergreifen geeignete Maßnahmen zum Schutz der Endkunden und tragen insbesondere dafür Sorge, dass für schutzbedürftige Kunden ein angemessener Schutz besteht, einschließlich Maßnahmen zur Vermeidung eines Ausschlusses von der Versorgung.“ (Richtlinie 2003/54/EG, Art. 3, Abs. 5). Diese Schutznorm ist von der Bundesregierung zwingend und zeitnah umzusetzen.

Redaktionell gekürzt übernommen von Frank Jäger & Harald Thomé Erwerbslosenverein Tacheles e.V., © Tacheles e.V.  
Rudolfstr. 125 · 42285 Wuppertal  
Tel: 0202 - 31 84 41 · Fax: 0202 - 30 66 04

**ALFAI**  
MESSEBAU

UWE ALVERMANN  
BURGSTRASSE 112  
42655 SOLINGEN  
TELEFON (02 12) 31 06 61  
TELEFAX (02 12) 31 15 59  
MOBIL 0172-655 68 22  
U.ALVERMANN@ARCOR.DE



## BESG BÜRGERSTROM

### Ein hochwertiges Ökostromangebot aus Solingen für Solingen!

Die seit knapp einem Jahr bestehende Genossenschaft „BürgerEnergie Solingen eG“ (BESG) hat zusammen mit den Stadtwerken Solingen ein neues Produkt entwickelt: gemeinsam bieten sie seit Beginn dieses Jahres ein neuartiges Ökostromprodukt höchster Qualität an.

Dieser „BESG Bürgerstrom“ orientiert sich an den Zertifizierungskriterien vom ok-power-Label;

- 100 % Atomstromfrei
- 100 % Stein- und Braunkohlestromfrei,
- 100% Strom aus erneuerbaren Energien, nach Kriterien zusammengestellt mit Herkunftsnachweisen (eindeutig identifizierbar) und garantiertem Neuanlagenanteil.

Um eine zusätzliche regionale „Nachhaltigkeitskomponente“ wird der BESG-Bürgerstrom ergänzt: Pro verbrauchter Kilowattstunde werden 0,5 Cent in neue Projekte zur Förderung der Energiewende hier in Solingen investiert.

Wer diesen Strom bezieht, bekennt sich damit klar zum Klimaschutz und leistet einen aktiven Beitrag zur bundesweiten und regionalen Energiewende.

Das gemeinsame Ziel der SWS und BESG ist, die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende hier in Solingen voranzutreiben.

Die Stadtwerke erhoffen sich durch dieses Projekt auch mehr Zugang zu einer in Energiefragen aufgeklärten Klientel, die sie bisher nicht zufriedenstellend erreichen konnten.

Für die BürgerEnergie Solingen eG ist das Projekt der wettbewerbsfähige Einstieg in die regionale und nachhaltige Energieversorgung für Solingen.

Für einen Wechsel Solinger Haushalte zum Bürgerstrom spricht der Preis:

Der monatliche Grundpreis beträgt € 8,33 (€ 99,98 im Jahr), der Arbeitspreis liegt bei 27,55 Cent/kWh (einschl. MWSt.).

Eine vierköpfige Familie mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von ca. 4.400 kWh zahlt für den Bürgerstrom weniger als im Grundversorgungs-Tarif der Stadtwerke.

Die vereinbarte Aufgabenverteilung in der Zusammenarbeit:

Für die Kundenansprache, das Marketing und den Vertragsabschluss ist die BürgerEnergie Solingen eG zuständig - die Beschaffung, Abrechnung und Lieferung des Öko-Stroms ist Aufgabe der Stadtwerke Solingen.

Die Bürgerenergiegenossenschaft könnte sich gut vorstellen, dass auf den „BESG-Bürgerstrom“ ein „BESG-Bürgergas“-Produkt folgt.



Der Wechsel zum BESG-Bürgerstrom ist übrigens ganz einfach:

Auf der Internetseite der BESG unter „Projekte“ den Unterpunkt „BESG-Bürgerstrom“ anklicken. Vertrag ausdrucken, ausfüllen und an die BESG senden. Alles Weitere regelt die BESG mit den Stadtwerken.

Mehr Informationen dazu erhalten Sie unter: [www.buergerenergie-solingen.de](http://www.buergerenergie-solingen.de)

Wer Interesse an einer Mitgliedschaft in der Genossenschaft hat, findet auf der Internetseite natürlich auch dazu alle wichtigen Informationen, Kontaktdaten und den Mitgliedsantrag.

*Birgit Correns*

## TÜRKEI: WIR DÜRFEN NICHT LÄNGER SCHWEIGEN!

**Aus der Türkei erreichte uns folgender Artikel, der sehr drastisch und zugespitzt den Ernst der Situation der dortigen Verhältnisse widerspiegelt.**

In der Türkei herrschen immer stärker syrische Verhältnisse. Die AKP Regierung unter der Alleinherrschaft von Staatspräsident Erdogan hat der kurdischen Bevölkerung und den gesamten demokratischen Oppositionellen den Krieg erklärt.

Unter der AKP Regierung, die seit 2002 an der Macht ist, entwickelt sich die Türkei in Richtung einer islamistischen Art von Faschismus und baut immer mehr demokratischen Rechte ab. Erdogan, seine Familie und mehrere Minister stecken bis zum Hals in Korruption, Beschlagnahmungen, Diebstählen, Mordanschlägen und verstoßen immer wieder gegen das Grundgesetz.

Insbesondere der Sohn von Erdogan enteignete Staatseigentum und schaffte dadurch Millionen beiseite. Um eine Verurteilung zu verhindern wurden Staatsanwälte, Polizeikommissare, Rechtsanwälte entlassen oder verhaftet.

Durch den Krieg in Syrien und die Unruhen

in der Türkei versucht Erdogan seine Verurteilung zu verhindern und eine Präsidialherrschaft einzuführen. Die AKP unterstützt in jeder Hinsicht die IS-Verbrecher, bildet sie aus, schleust sie nach Syrien und Irak und macht mit ihnen Ölgeschäfte.

Es ist inzwischen nicht mehr auszuschließen dass die IS-Verbrecher vom türkischen Geheimdienst als Selbstmord-Attentäter in Suruc und Ankara eingesetzt wurden. Bei den beiden Anschlägen wurden 140 Menschen getötet.

Bei den durchgeführten Wahlen am 1.11.2015 – während der Terroranschläge – erreichte die AKP mit 49% die absolute Mehrheit im Parlament. Das war der Beginn eines Bürgerkrieges gegen die kurdische Bevölkerung. Seit dem 1.11.2015 herrscht in vielen kurdischen Städten der Ausnahmezustand und Ausgangssperre. 1,3 Millionen Menschen dürfen seit Monaten nicht ihren Grundbedürfnissen nachgehen, die Wohngebiete werden bombardiert, es gibt über 379 tote Zivilisten, davon sind 59 Kinder. Die Menschen können die Toten nicht beerdigen, die Toten liegen tagelang auf den Straßen, die

Angehörigen die sich den Getöteten nähern werden erschossen. Das „Kurdenproblem“ wird nicht mehr diskutiert. Erdogan erkennt die Existenz der Kurden nicht an, für ihn gilt: ein Land, eine Sprache und eine Nation. Wer das in Frage stellt, wird getötet oder verhaftet. Die westlichen Medien, die über jeden Pups in Russland, China, Nordkorea oder Iran berichten, bleiben stumm. Wenn es um die Türkei geht, spielen sie die „3 Affen“: Nichts sehen, nichts hören, und nichts berichten. Die politischen und wirtschaftlichen Interessen stehen in Vordergrund. Getötete kurdische Kinder und Frauen, die Bombardierung der Wohngebiete von kurdischen Städten werden ignoriert und stillschweigend hingenommen. Jeder der sich als Mensch bezeichnet, muss sich gegen den Krieg stellen. Jeder Tote, ob Soldat, Polizist oder kurdischer Freiheitskämpfer, ist zu viel.

Das kurdische Problem muss friedlich gelöst werden. Westliche Länder sollten die türkische Regierung unter Druck setzen, damit Friedensgespräche wieder aufgenommen werden.

*Dereza*

## NO, NO, NO, - CETA, TTIP, TISA & CO!

**Warum wird weiter die Werbetrommel für die geplanten Freihandels- und Dienstleistungsabkommen gerührt, obwohl sich beeindruckend große Teile der Bevölkerung dagegen aussprechen?**

Weil die großen Konzerne Druck machen – denn sie sind es, die sich von CETA, TTIP, TISA & Co einen Machtzuwachs in der Weltwirtschaft und damit steigende Gewinne sichern wollen. Die auf Schiedsgerichtsverfahren spezialisierten Anwaltskanzleien freuen sich natürlich auch schon auf hohe Honorare für Millionenklagen gegen Staaten.

Kleinere und mittlere Unternehmen sollen natürlich glauben, dass auch sie von den Abkommen profitieren werden, damit sie sich für das Zustandekommen öffentlichkeitswirksam stark machen – so wie sich in einem Artikel des Solinger Tageblatts Anfang Dezember der Solinger Messerhersteller Ed. Wüsthof und der Remscheider Hersteller von Hebezeugen, die Fa. KULI, für TTIP aussprechen. Doch allein für die Anpassung von Standards in der Produktion (das Argument

der Befürworter) braucht es keine Abkommen á la CETA, TTIP, TISA & Co. Das lässt sich über Vereinbarungen regeln, die nicht in einem Zug auch unsere Demokratie aushebeln.

Durch Abkommen wie CETA, TTIP und TISA bekommen private Schiedsgerichte (ISDS) mehr Macht als unabhängige staatliche Gerichte.

Auch die neuerdings von Sigmar Gabriel für TTIP als Kompromiss ins Gespräch gebrachte Gründung eines „europäisch-amerikanischen Handelsgerichtshofs“ ist nichts anderes als eine hübscher verpackte Paralleljustiz, die einseitig die Investoren schützt und keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt.

Die als „Living Agreement“ geplante Form der Verträge ermöglicht für den gesamten Geltungszeitraum fortlaufende Änderungen an den Vereinbarungen. Das öffnet Tür und Tor für die Lobbyisten der großen Konzerne. Der geplante regulatorische Kooperationsrat, der sich mit den zu erwartenden Änderungen befassen soll, wird die parlamentarische Mitbestimmung an der Fortschreibung der

Verträge ablösen.

Ohne weitere undemokratische Gesichtspunkte der Verhandlungen zu den geplanten Verträgen zu benennen: Sollten die geplanten Abkommen mit diesen beiden Komponenten (ISDS, Living Agreement) in Kraft treten, wäre das der Abschied von unserer Demokratie – und das dürfen wir nicht zulassen!

Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) hat innerhalb eines Jahres bereits mehr als 3 Millionen Unterschriften gegen die geplanten Abkommen gesammelt. Im Oktober 2015 kamen in Berlin 250.000 Menschen zu einem gemeinsamen Protest zusammen.

Der Widerstand muss weitergehen - um CETA, TTIP, TISA & Co zu verhindern!

Die Welt braucht faire Handelsabkommen, die die Macht der Konzerne beschneiden und die Bedürfnisse der Menschen und den Schutz der Natur in den Vordergrund stellen.

*Birgit Correns*

## GLYPHOSAT – ROUNDUP – MONSANTO:

### Was jeder darüber wissen sollte!

**Nicht nur in der Gentechnik wird Glyphosat zur Vernichtung von Unkraut eingesetzt – auch in der konventionellen Landwirtschaft werden jährlich weltweit fast eine Milliarde Tonnen des Unkrautvernichters (Herbizids) Glyphosat, bekannt unter dem Handelsnamen „Roundup“ auf die Felder verbracht:**

Vor der Aussaat, um den Unkrautwuchs zu unterdrücken und kurz vor der Ernte, damit das Getreide leichter geerntet werden kann. So landet Glyphosat auch in unseren Frühstücksbrotchen. Durch die massenhafte Anwendung lassen sich mittlerweile bei gut 70% aller Europäer Glyphosat und das Abbauprodukt AMPA im Blut und Urin nachweisen.

Die Zulassung zur Anwendung von Glyphosat in der EU ist im Sommer 2015 abgelaufen und bedarf einer Erneuerung. Das Bundesamt für Risikobewertung (BfR) stuft Glyphosat als eine Substanz von geringer Toxizität ein. Die zuständige Europäische Zulassungsbehörde (EFSA) bewertet Glyphosat nach verordneten Kriterien und aufgrund nicht ganz unabhängiger Studien als nicht krebserregend, empfiehlt sogar eine Erhöhung der zulässigen täglichen Aufnahme. Die eher unabhängiger arbeitende

Internationale Agentur der WHO für Krebs, die IARC, kommt zu einem anderen Ergebnis: Glyphosat wirkt im Tierversuch mit ausreichender Evidenz und beim Menschen wahrscheinlich krebserregend! Die Mitglieder des IARC sind von der Industrie unabhängige Wissenschaftler.

Erfahrungen durch die Anwendung und auch weitere wissenschaftliche Untersuchungen kommen sogar zu dem Ergebnis, dass Glyphosat nicht nur krebserregend ist, sondern auch das Erbgut über Generationen hinweg verändern kann.

Bekanntes Folgen der Anwendung von Glyphosat mit oder ohne Kombination mit anderen Pestiziden sind beim Menschen akute Vergiftung, Missbildungen Neugeborener, Krebs, neurologische Störungen und Veränderungen der Darmflora verbunden mit einem Spurenelement-Mangel.

Über Veränderungen in der Darmflora begünstigt Glyphosat auch den Ausbruch von Botulismus bei Rindern. Viele Landwirte mussten schon ihre Betriebe aufgeben, nachdem sie hilflos mit ansehen mussten wie ihre Rinder erkrankten und starben: Muskelschwäche, Lähmungserscheinungen, Versagen der Atemmuskulatur. Auch sie selbst zeigen Krankheitszeichen, angefangen bei Darmver-

stopfungen, Kreislaufstörungen, Blutdruckabfall. Eine Entschädigung bekommen sie nicht.

Der Gebrauch von Glyphosat führt ebenso zu gravierenden Umweltauswirkungen: die wichtigen Bodenlebewesen werden geschädigt und vernichtet. Damit wird lebendiger humusreicher Boden auf Dauer in unfruchtbare, tote Erde verwandelt.

All diese Auswirkungen sind den Verantwortlichen im BfR und auch bei der EFSA bekannt. Demnach dürften sie die Zulassung der Anwendung und damit auch den Verkauf von Glyphosat in der EU eigentlich nicht verlängern. Die Vernunft muss vor Konzerninteressen stehen!

Außer an einem Verbot von Glyphosat muss auch an einem Umbau der Landwirtschaft gearbeitet werden, denn durch den Preisdruck auf den Agrarmärkten kommen die Landwirte nur schwer am Einsatz von Glyphosat und weiteren Pestiziden vorbei. Wie viele und welche Landwirte arbeiten hier in Solingen mit Glyphosat?

Dabei zeigt die ökologische Landwirtschaft doch deutlich auf, dass es auch ohne geht!

*Birgit Correns*



## MIETBERGRENZEN FÜR HILFEEMPFÄNGER ANPASSEN

Allein in Solingen müssen 1000 ALG II-Bedarfsgemeinschaften bei der Miete selbst hinzuzahlen. Nimmt man die der Sozialhilfe noch hinzu, kann davon ausgegangen werden, dass etwa 3000 Menschen in dieser Stadt durch die örtliche Regelung der Kosten der Unterkunft unter das Existenzminimum gebracht werden.

Obwohl die durch ein Gutachten ermittelten Richtwerte für die Grundmieten und Nebenkosten der Stadt schon lange nicht mehr der realen Mietpreisentwicklung entsprechen, bleibt die Verwaltung bei diesen Mietobergrenzen. Demnach soll es in Solingen für 320 Euro Bruttokaltmiete (Grundmiete + kalte Nebenkosten) ausreichend anzumietende Wohnungen für Einpersonenhaushalte geben.

Insbesondere Grüne, Linke und SPD haben dies im Sozialausschuss des Rates der Stadt vehement kritisiert und die Verwaltung aufgefordert noch Anfang des neuen Jahres die Richtwerte der Teuerung auf dem Wohnungsmarkt anzupassen. Die Grünen wollen in der nächsten Ausschusssitzung wissen, wie viele der derzeitigen Hilfeempfänger mehr oder weniger große Teile der Miete von ihrem Regelsatz selbst bezahlen müssen und wie die Verwaltung die Chancen eines Hilfeempfängers mit Schufa-Eintrag einschätzt. Bislang ist die Sozialverwaltung der Meinung, dass es auch für diesen Person-



Mietraum kennt Grenzen, Mietreise nicht

Foto: Heinz Mähner

enkreis ausreichend Möglichkeiten gibt.

Frank Knoche

### Hartz-IV-Sätze heute wenigerwert als vor 11 Jahren

Zwar werden die Hartz-IV-Regelsätze zum Jahresbeginn leicht angehoben – trotzdem haben Hartz-IV-Empfänger heute weniger Geld zum Leben als zum Start des Hartz-Systems im Jahr 2005. Denn die Preise sind seit 2005 deutlich stärker gestiegen als die Hartz-Sätze. Das zeigt eine DGB-Analyse.

*Nahrung und Strom: Krasse Lücke zwischen Hartz-Sätzen und tatsächlichen Kosten.*

Besonders krass ist die Lücke zwischen Preiserhöhungen und der Erhöhung der Hartz-IV-Sätze bei Nahrungsmitteln und bei den Energiekosten.

Während die Regelsätze seit 2005 bis 2015 um 15,7% gestiegen sind, stiegen die Preise für Nahrungsmittel um 24,4% – eine Dif-

ferenz von fast neun Prozentpunkten. Die Stromkosten eines Haushalts haben sich seit 2005 um etwa 54% erhöht, hier hinken die Hartz-IV-Sätze also noch krasser hinterher.

### Verfassungsgerichts-Urteil von 2014 noch nicht umgesetzt

Zu den Haushaltsstromkosten hatte das Bundesverfassungsgericht noch im Juli 2014 gefordert, dass der Gesetzgeber bei kurzfristigen Preissteigerungen eine Anpassung der Regelsätze vornehmen müsse. Dem ist der Gesetzgeber bis heute nicht nachgekommen.

*Buntenbach: Viele Kinder werden abgehängt* „Die Einkommensschwächsten in unserer Gesellschaft haben heute real weniger zum Leben als im Jahr 2005 beim Start von Hartz IV. Trotz guter Konjunktur hat sich die Spaltung zwischen oben und unten noch vergrößert“, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. „Ein Teil der Gesellschaft, darunter überproportional viele Kinder, droht von der allgemeinen Wohlfahrtsentwicklung abgehängt zu werden. Die Bundesregierung darf bei der kommenden Neubestimmung des sozio-kulturellen Existenzminimums mit Wirkung ab 2017 nicht wieder die Regelsätze kleinrechnen. Die Sicherung des Existenzminimums ist ein Verfassungsauftrag und keine Frage fiskalpolitischer Opportunität.“



Sektion der  
Bundesrepublik  
Deutschland e.V.  
Bezirk 3560  
Gruppe 1424

Helmut Eckermann  
Burger Landstraße 19  
42659 Solingen

## Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, solinger-appell@operamail.com

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

## 30 JAHRE STÄDTEFREUNDSCHAFT – WAS BEDEUTET DAS?

Treibende Kräfte waren die Mitglieder des Mittelamerika-Arbeitskreises in der Dritte-Welt-Gruppe Krahenhöhe, der Sozialdemokraten und von Bündnis 90/Die Grünen, als 1985 die Städtefreundschaft mit Jinotega gegründet wurde. Die einen waren beseelt von der in Lateinamerika angesichts von Armut und Ungerechtigkeit entstandenen Theologie der Befreiung, die anderen von dem, was Che Guevara mit dem Satz ausdrückte: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“, - und bei einigen verbanden sich christliche Ethik und Internationalismus zum Engagement weit über geographische und kulturelle Grenzen hinweg.

Zunächst wurde vor allem materielle Hilfe geleistet, Hilfe zur Selbsthilfe im besten Sinne, um die größte Armut zur Zeit des Contra-Krieges zu lindern.

1990 kam es zur fruchtbaren Zusammenarbeit mit dem Verein La Cuculmeca, Verein für Bildung und Ausbildung der Menschen auf dem Land, gegründet von NicaraguanerInnen zusammen mit Rita Muckenhirn aus dem Schwarzwald. Rita war als Brigadistin nach Nicaragua gekommen, hat sich in Land und Leute verliebt und ist bis heute Repräsentan-

der in Nicaragua, als dass irgend etwas von dort den Weg zu uns gefunden hätte. Viel zu wenig wussten wir hier vom Leben in Nicaragua, als dass wir hätten sagen können: „Ja, das haben sie uns voraus dort, das können wir von ihnen lernen!“ Und viel zu lange hat die Erkenntnis gebraucht, dass Armut und Elend im Süden, soziale Gräben zwischen Armen und Reichen, Landraub, Waldzerstörung und Klimawandel die Kehrseite unseres Überkonsums und des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind.

Die wenigen, welche die Reise über den Atlantik gemacht haben, kamen jedoch verändert zurück. Einerseits verzaubert von der Schönheit der Landschaften Nicaraguas und der Liebenswürdigkeit der Menschen dort, und andererseits mit geschärftem Blick für globale Zusammenhänge, engagierten sich die RückkehrerInnen stets verstärkt für die Städtefreundschaft. Für sie hatte Jinotega Gesicht und Namen bekommen und markante Spuren in ihrer Biographie hinterlassen.

Allen voran sind die Jugendreisen zu nennen, die in den 1990ern vom Humboldt-Gymnasium ausgehend organisiert, nach mehrjähriger Pause seit 2004 regelmäßig und in beide Richtungen (Zusammenarbeit Förderverein



Thora mit ihrer Nicaraguanischen Gastfamilie Foto: Sibylle Arians

Städtefreundschaft ging es immer darum, die Lebensbedingungen der einfachen Menschen verbessern zu helfen. In solche Projekte haben wir die Spendengelder zu 100% gesteckt. Das haben wir getan, gleich welche Partei den Präsidenten des Landes oder den Bürgermeister der Stadt stellte. Das haben wir getan, obwohl mit guter Regierung (good governance) und ohne diese verfluchte Korruption viel mehr aus eigener Kraft hätte getan werden können. Das haben wir getan in Kooperation mit La Cuculmeca, jener Nicht-Regierungsorganisation unseres Vertrauens.

Aber jetzt aquirieren wir zusätzlich Geld für Projekte, die auf Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister von Jinotega angewiesen sind, der durch Wahlmanipulation an die Macht gekommen ist und der seine Direktiven von der Regierung Ortega bekommt.

Dient unsere Arbeit in erster Linie der Selbstbestimmung und Menschenwürde unserer Freunde, oder dem Machterhalt einer Regierung, die zunehmend autokratische Züge angenommen hat? Wir sollten sehr genau überlegen, welche Art von Solidarität unsere Freundschaft heutzutage braucht und ggf. einfach auf dieser Seite des Atlantiks verwehrt dafür kämpfen, dass unsere Lebensweise nicht die Lebensgrundlagen dort wie hier zerstört.

Sibylle Arians



Ausschnitt aus dem 28 Meter langen Wandbild, das Jugendliche malten zum Thema „Rettet das Klima“ Foto: Sibylle Arians

tin für unsere Städtefreundschaft und Garantin dafür, dass alles, was wir hier an Spenden sammeln, in Jinotega in nachhaltige Projekte fließt.

In den 2000ern wuchs die Erkenntnis, dass viele Ursachen für Armut und Unfrieden in den Ländern des Südens im wirtschaftlich entwickelten Norden der Erde liegen. Entwicklungs„hilfe“ war folgerichtig unzeitgemäß. Stattdessen wuchsen Ideen, wie eine global sinnvoll angelegte und zum gegenseitigen Wohl gestaltete Entwicklungs„zusammenarbeit“ auszusehen hätte. – So die Theorie. In der Wirklichkeit war da immer noch eine Einbahnstraße der materiellen Gaben von Solingen nach Jinotega, von Köln nach Corintho, von Wuppertal nach Matagalpa ... Zu verschieden ist die Ausgangslage bei Finanzen und Know-How in Deutschland von

Städtefreundschaft und Alexander-Coppel-Gesamtschule) durchgeführt wurden.

Klar ist, dass auf beiden Seiten des Atlantiks Entwicklung nötig ist! Aber braucht ein Land, dessen Präsidentengattin in der Hauptstadt Managua zu Hunderten sündhaft teure Lichterbäume aufstellen und Nacht für Nacht ein Lichtermeer damit anzünden lässt, Elektrifizierung von Dörfern mit deutschem Geld? Natürlich ist es für ein menschenwürdiges Leben unverzichtbar, genügend und sauberes Trinkwasser zur Verfügung zu haben! Im Rahmen der



**Pinas Reise – Musikalische Lesung**

Am 20. Februar 2016 veranstaltet der Pina-Bausch-Freundeskreis Solingen e.V. um 20.00 Uhr im Kunstmuseum Solingen eine musikalische Lesung unter dem Titel „Pinas Reise“.



Das Programm ist eine unterhaltsame Mischung aus Musik und Literatur. Regina Advento, langjähriges Mitglied des Wuppertaler Tanztheaters, singt Lieder aus Stücken von Pina Bausch. Tilman Allert liest aus seinem Manuskript „Pina, das Kneipenkind“, in dem es um die Kindheit von Pina Bausch in Solingen geht. Abgerundet wird der Abend durch eine Installation des Künstlerpaares Schneider+Mombaur.

**Regina Advento & Band  
Her songs – my songs  
Musikalische Reise durch das  
Tanztheater**

Musik spielt in den Stücken von Pina Bausch eine große Rolle. Regina Advento, langjähriges Mitglied des Ensembles, hat Lieder, die sie besonders bewegen und für sie die Arbeit von Pina Bausch widerspiegeln, gesammelt und zu einem Programm zusammengestellt.

**Tilman Allert****Pina, das Kneipenkind – Lesung**

Pina Bausch wurde in Solingen geboren. Ihr Elternhaus stand in der Focher Straße. Tilman Allert, Professor für Soziologie an der Goethe Universität Frankfurt, geht frühen biografischen Weichenstellungen von Pinas Werdegang nach.

**Schneider + Mombaur  
Musée sentimental Installation**

Erinnerungsspuren führen zu Pinas Kindheit. Ihr Geburtshaus am Central wird zur Kulisse, die Straße davor zur schrägen Bühne. Holzroller bilden eine tänzerische Formation. Jeder Roller ist ein Einzelstück, verknüpft mit verborgenen Geschichten.

**20.02.2016 | 20.00 Uhr Kunstmuseum Solingen | Wuppertaler Str. 160**  
Eintritt: 15 EUR im Vorverkauf (zzgl. VVK-Gebühr) Abendkasse: 18 EUR  
Vorverkauf online über Solingen Live

**Bürgerfunk  
in Remscheid und Solingen**

**Januar 2016**

Sonntag 17.1. 19 Uhr Ohrwerk  
Samstag 24.1. 19 Uhr Radiostammtisch  
Samstag 30.1. 19 Uhr Mixtape  
Sonntag 31.1. 19 Uhr SoFis

**Februar 2016**

Sonntag 7.2. 19 Uhr Stimme der Senioren  
Sonntag 7.2. 20 Uhr Blaue Welle  
Sonntag 14.2. 19 Uhr Hangkgeschmedden  
Sonntag 21.2. 19 Uhr Ohrwerk  
Samstag 27.2. 19 Uhr Mixtape  
Sonntag 28.2. 19 Uhr Radiostammtisch

**März 2016**

Sonntag 6.3. 19 Uhr Stimme der Senioren  
Sonntag 13.3. 19 Uhr Hangkgeschmedden  
Sonntag 20.3. 19 Uhr Ohrwerk  
Samstag 26.3. 19 Uhr Mixtape  
Sonntag 27.3. 19 Uhr Radiostammtisch

*Schul- und Jugendprojekt-Sendungen werden außerhalb der Bürgerfunk-Sendezeit, an Sonn- und Feiertagen ab 18.00 Uhr ausgestrahlt.*

**BUCHVORSTELLUNG**

Am  
**19. April 2016 um 20 Uhr**

im  
**Café Courage**

**Klemens-Horn-Str. 3**

**42655 Solingen:**

**„Solingen gehört uns!“**

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Seit der Gründung Anfang 2007 stellen wir uns gegen jede weitere Privatisierung der Grundversorgung unserer Stadt Solingen durch profitorientierte Konzerne. Wir fördern die demokratische Verantwortung in unserer Stadt Solingen: durch Öffentlichkeit, Transparenz und mit Hintergrund-Informationen.

Wir treffen uns jeden zweiten Dienstag im Monat um 19.00 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3  
Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: [www.solingen-gehoert-uns.org](http://www.solingen-gehoert-uns.org)  
[info@solingen-gehoert-uns.org](mailto:info@solingen-gehoert-uns.org)

**„SOLINGEN GEHÖRT UNS !“**



Lieselotte Bhatia · Stephan Stracke

**In letzter Minute**

**Nationalsozialistische Endphaseverbrechen  
im Bergischen Land**



De Noantri

## gruppeninfos

### Alevitische Kultur Gemeinde Solingen und Umgebung e.V.:

Weyersberger Str. 32, Kontakt: [isolmaz@arcor.de](mailto:isolmaz@arcor.de)

**AG Weiße Rose:** Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

### Amnesty international:

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Lebenshilfe (Südpark), Alexander-Coppel-Str. 19-21, Kontakt: Tel.: 4 15 78

**Attac:** Jeden 1. Freitag im Monat, 19h, Café Courage, Kontakt: [solingen@attac.de](mailto:solingen@attac.de)

### Ausländerrechtliche Beratungskommission:

Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 4 15 78) oder Diakonisches Werk, Frau Scott (2 87 27)

**bleiberecht.com:** [www.bleiberecht.com](http://www.bleiberecht.com)

**BürgerEnergie Solingen eG:** Kontakt und weitere Informationen: [www.buergerenergie-solingen.de](http://www.buergerenergie-solingen.de), [info@buergerenergie-solingen.de](mailto:info@buergerenergie-solingen.de)

**Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“:** [www.rettetdasittertal.de](http://www.rettetdasittertal.de), [Post@rettetdasittertal.de](mailto:Post@rettetdasittertal.de)

**Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“:** Jeden 2. Dienstag im Monat, 19h, Café Courage, Mehr Infos: [www.solingen-gehoert-uns.org](http://www.solingen-gehoert-uns.org), [info@solingen-gehoert-uns.org](mailto:info@solingen-gehoert-uns.org)

**Café Courage:** Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

**Cow Club:** [www.cowclub.de](http://www.cowclub.de), Kontakt: Wohnzimmer, Düsseldorf Str. 87 Donnerstags 20h

**Critical Mass:** Radfahrer treffen sich zu gemeinsamer Fahrt, sie wollen mehr Unterstützung für das Radfahren. Jeden 3. Freitag im Monat um 19h, SG Parkplatz Eissporthalle

**DFG Niederberg/Berg, Land:** Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

**FAU Solingen:** anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Offenes Treffen jeden dritten Freitag im Monat im Café Courage, [www.fau.org/ortsgruppen/solingen/](http://www.fau.org/ortsgruppen/solingen/)

**Förderverein Freibad Aufderhöhe:** Kontakt: Birgit Everts, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

**Frauenhaus:** Tel: 5 45 00

**Frauen helfen Frauen:** Brühler Str. 59, Tel: 5 54 70

**Informationsbüro Nicaragua:** Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

**Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“:** Kontakt: D. Donner, Tel.: 02103/6 50 30

**Naturfreundegruppe Wald-Ohligs, Haus Holzerbachtal:** Eipaßstr. 25b, 42653 SG, Tel 0212-313791, Sa.-So. offen, Infos und Programm: [www.naturfreundehaus-Holzerbachtal.de](http://www.naturfreundehaus-Holzerbachtal.de)

**Öffentlichkeit gegen Gewalt:** Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

**RBN, Bergischer Naturschutzverein:** [www.rbn-solingen.de](http://www.rbn-solingen.de); [rbn@rbn-solingen.de](mailto:rbn@rbn-solingen.de), Kontakt: Thomas Bloss, Tel.: 2 30 97 77

**Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus:** c/o Café Courage, Kontakt: [solinger-appell@operamail.com](mailto:solinger-appell@operamail.com), Treff: Do. 11.2.16, 20h, dann 14-tägig

**Solinger Arbeitslosenzentrum „Salz“:** Tel.: 0212 23 13 44 33

**Stiftung W:** [www.stifung-w.de](http://www.stifung-w.de); [mail@stifung-w.de](mailto:mail@stifung-w.de); Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal  
**tacheles:** [tacheles-solingen@gmx.de](mailto:tacheles-solingen@gmx.de), [www.tacheles-solingen.de](http://www.tacheles-solingen.de); c/o Café Courage

### Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e.V.:

Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

### Unterstützerkreis Stolpersteine für Solingen:

c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

### VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):

[www.solingen.vvn-bda.de](http://www.solingen.vvn-bda.de), c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

**ZukunftsWelten e.V.:** Kontakt: Familie Thom, Mohrenkamp 20, SG, Tel.: 59 07 96

Januar  
bis März  
2016

getaway  
[www.facebook.com/getawaysofsg](http://www.facebook.com/getawaysofsg)

Mi

**Comedy  
Punch  
Club**

Unsere beliebte Comedy-Show!  
Wieder jeden Mittwoch!

Start: 20 Uhr    Eintritt: frei

SA

jeden 1. Samstag

**Charts  
Party**

feat. ROCKBAR  
in der Cocktailbar

Start: 21 Uhr    Eintritt: 7 €

SA

**Ü 30  
Party**

jeden 2. und 4. Samstag  
und in der Cocktailbar:  
Night of Dance Classics  
oder Wilde 13 reloaded

Start: 21 Uhr    Eintritt: 7 €

SA

jeden 3. Samstag

**Zurück in  
die Zukunft**

80er & 90er Party  
feat. tanz:bar  
In der Cocktailbar

Start: 21 Uhr    Eintritt: 7 €

SA    30.01.2016

jeden 5. Samstag

**EXIT  
PARTY**

mit den Original Dj's

Start: 21 Uhr    Eintritt: 7 €

SO    08.02.2016

Karnevalsonntag

**VORABI-  
PARTY**

Start: 20 Uhr 6,-/8,- + MV 5,- €

Kattendorfer Str. 21 - 42697 Solingen